

SPD-Fraktion

Fraktion Die Linke

Herrn Bezirksbürgermeister

Josef Wirges

Frau Oberbürgermeisterin

Henriette Reker

Eingang beim Bezirksbürgermeister:

AN/1624/2019

Antrag gem. § 3 der Geschäftsordnung des Rates

Gremium	Datum der Sitzung
Bezirksvertretung 4 (Ehrenfeld)	09.12.2019

Gemeinsamer Antrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Die Linke: Kommunale Strategien gegen den Verlust demokratischer Gleichheit entwickeln

Kommunale Strategien gegen den Verlust demokratischer Gleichheit entwickeln!

Sehr geehrter Herr Bezirksbürgermeister, sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin, wir, die Antrag stellenden Fraktionen in der Bezirksvertretung Ehrenfeld, bitten Sie, folgenden gemeinsamen Antrag in die Tagesordnung der Sitzung der Bezirksvertretung Ehrenfeld am 09. Dezember 2019 aufzunehmen:

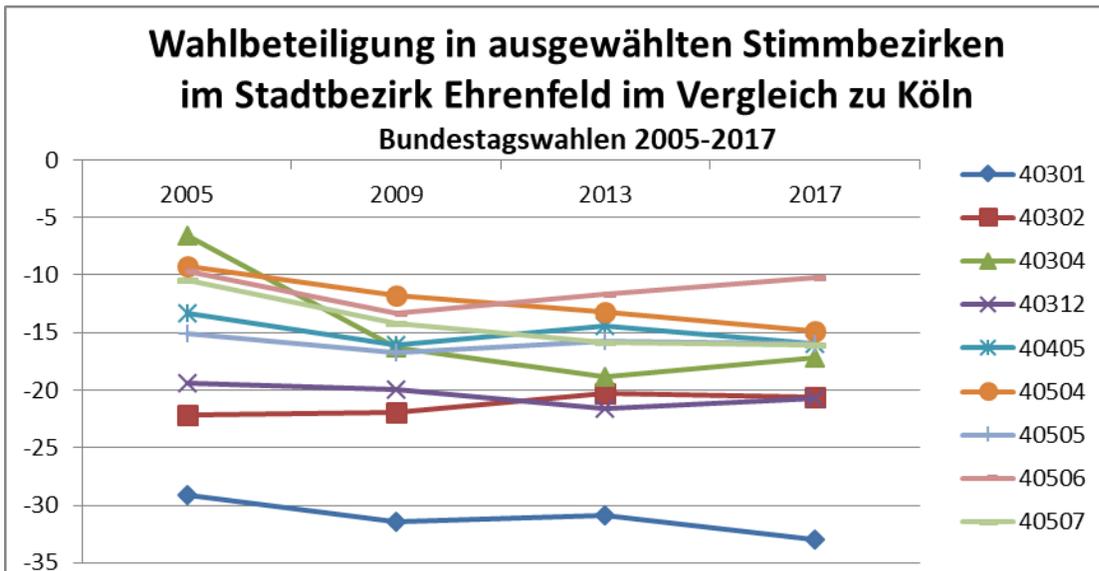
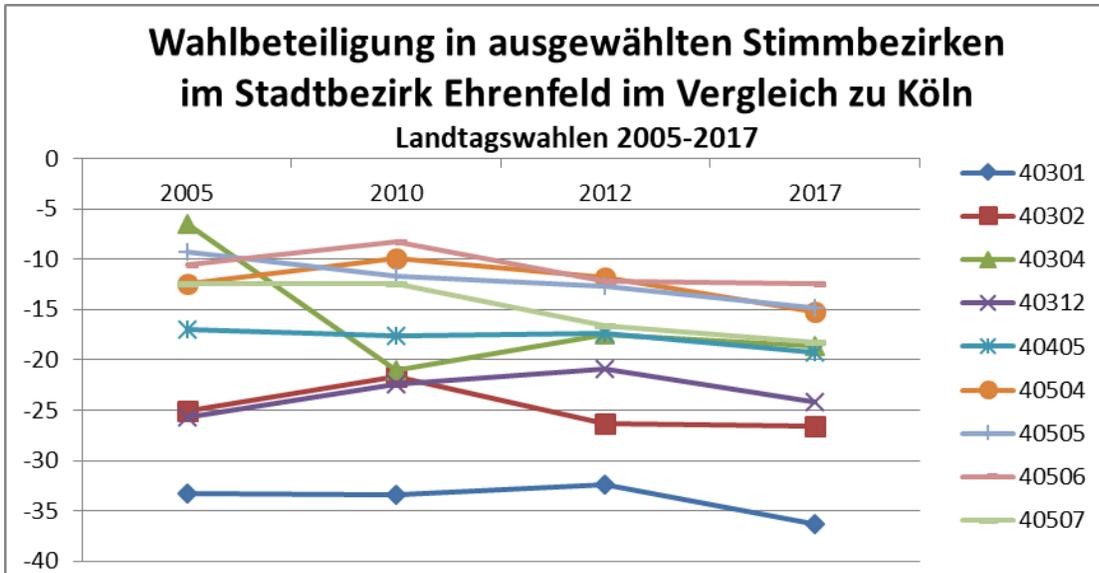
Seit den 1980er Jahren weist die Teilnahme an Wahlen und Abstimmungen eine zunehmende soziale Schieflage auf. Sie ist in ökonomisch besser gestellten Quartieren deutlich höher als in ökonomisch benachteiligten. Dies gilt gleichsam bei Wahlen für Parlamente wie auch bei Bürger*innenbeteiligungsverfahren.

Im Stadtteil Hahnwald gaben bei der Bundestagswahl 2013 88,7% der Wahlberechtigten ihre Stimme ab, im Stadtteil Chorweiler lediglich 42,5% – Kölnweit lag die Wahlbeteiligung bei 72,5%.

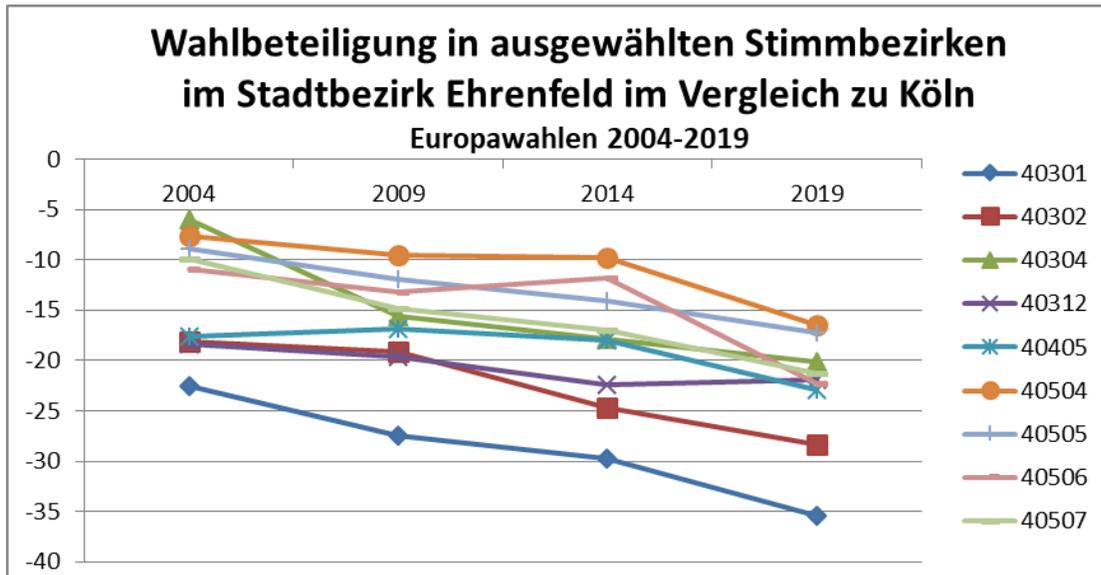
Ganz ähnlich verhielt es sich bei der Einwohner*innenbefragung zum Godorfer Hafen 2011. Beteiligt an sich hier 27,6% aller Hahnwalder*innen, waren es nur 9,3% der Chorweiler*innen – Kölnweit lag die Wahlbeteiligung bei 14,8%. Zudem nutzen Wähler*innen in besser gestellten Quartieren häufiger das Angebot der Briefwahl.

Diese Befunde gelten auch für den Stadtbezirk Ehrenfeld. Bei der letzten Bundestags- bzw. Landtagswahl lag die Wahlbeteiligung in 12 bzw. 15 der 74 Stimmbezirke mehr als zehn Prozentpunkte über dem städtischen Durchschnitt. Dahingegen lag die Wahlbeteiligung in 11 bzw. 12 Stimmbezirken mehr als zehn Prozent unter dem städtischen Durchschnitt.

Die extremste Spreizung der Wahlbeteiligung im Stadtbezirk bei der Landtagswahl 2012 sowie der Bundestagswahl 2013 lag bei 51% bzw. 46,6%. Zwischen den Ergebnissen im Neuehrenfelder Stimmbezirk 40215 mit 77,9% bzw. 88,2% sowie dem Bickendorfer Stimmbezirk 40301 mit 26,9% bzw. 41,6% lagen Welten. Diese Entwicklung hat sich bei der Landtagswahl 2017 weiter fortgesetzt, indem die Wahlbeteiligung in den Gebieten mit hoher Wahlbeteiligung stärker angestiegen ist, als in den Gebieten mit niedriger Wahlbeteiligung. Die maximale Spreizung der Wahlbeteiligung lag im Stadtbezirk bei 52,9 Prozentpunkten: Im Neuehrenfelder Stimmbezirk 40206 lag sie bei 81,5%, im Bickendorfer Stimmbezirk 40301 betrug sie lediglich 28,6%.



Auch die vergangenen Europawahlen unterstreichen einmal mehr diese Ergebnisse. Mit einem Anstieg der Wahlbeteiligung in Köln geht zugleich eine Spreizung in den einzelnen Stimmbezirken einher. Folglich bewegt sich die soziale Schieflage bei Wahlen auf einem weiterhin hohen Niveau und nimmt teilweise sogar noch zu. Die demokratische Gleichheit ist in Gefahr. Hier heißt es Gegensteuern!



Diese Befunde gelten auch für andere Quartiere bei anderen Wahlen in anderen Ländern oder Kommunen etc. wie auch der Verweis auf den Volksentscheid über die Schulreform in Hamburg noch einmal unterstreicht. Diese Entwicklung könnte sich durch die zunehmende sozialräumliche Entmischung der Quartiere zudem weiter beschleunigen.

Andere Kommunen setzen bereits, wenn auch zunächst pilotweise, mobile Wahllokale ein.¹

Beschluss:

Die **Verwaltung** wird beauftragt,

- (1) Vorschläge zu entwickeln, welche die Hürden für eine Wahlteilnahme senken, um die Wahlbeteiligung zu heben, und dem zuständigen Ausschuss vorzulegen.

Zu prüfen wäre beispielsweise folgendes:

- a. Wahlbenachrichtigungen werden mit einem auffälligen Hinweis versehen, dass vor dem eigentlichen Wahltag bereits im Bezirksrathaus oder im Wahlamt gewählt werden kann.
- b. durch einen automatischen Direktversand der Briefwahlunterlagen, ohne dass die Gefahr von doppelter Stimmabgabe besteht.
- c. durch den Einsatz mobiler Wahllokale für die Direktwahl.
- d. durch eine Verlängerung der Öffnungszeiten der Wahllokale für die Direktwahl.
- e. Die Wahlunterlagen werden barrierefrei (z. B. leichte Sprache, Verwendung von Parteilogos) gestaltet.
- f. Voraussetzungen schaffen, dass alle Wähler*innen in jedem Wahlraum am Wahltag wählen können, ohne dass die Gefahr von doppelter Stimmabgabe besteht. Wähler*innen sollen sich in den Wahllokalen willkommen fühlen. („Sie haben Ihre Wahlbenachrichtigungskarte vergessen? Macht nichts!“)
- g. Wahlräume werden offensiv ausgeschildert.

¹ <http://www.shz.de/lokales/holsteinischer-courier/hier-wird-in-der-duschkabine-gewaehlt-id16479491.html>, Zugriff: 15.04.2017.

- h. Ob es möglich ist, wohnortnähere Wahlräume einzurichten, insbesondere in den Stimmbezirken mit niedriger Wahlbeteiligung und in Neubaugebieten, beispielsweise in Bocklemünd/Mengenich, im Bickendorfer Westend, in Neu-Vogelsang und im Butzweilerhof
- (2) Mit allen relevanten Akteur*innen und Multiplikator*innen in Kontakt zu treten, um für eine Stimmabgabe zu motivieren.
- a. Vereine, Verbände, Verwaltung und Medien werden aufgerufen, für eine Wahlteilnahme zu werben.
 - b. Es erfolgen, auch online und in den sozialen Netzwerken, Wahlaufrufe durch die Oberbürgermeisterin und die Bezirksbürgermeister*innen, aus denen die Bedeutung der Wahlteilnahme deutlich wird.
- (3) Die **Bezirksvertretung Ehrenfeld** verpflichtet sich zeitnah und parteineutral vor den Wahlterminen durch geeignete Aktionen – insbesondere in Quartieren mit unterdurchschnittlicher Wahlbeteiligung, für eine Wahlteilnahme zu werben

Begründung:

Für die Demokratie besteht die Gefahr einer niedrigen und sozial ungleichen Wahlbeteiligung darin, dass die Politik sich an den sozial und ökonomisch Bessergestellten orientieren könnte, die nicht nur weiterhin wählen, sondern auch andere Wege nutzen, für ihre Anliegen Gehör zu finden, während sozial Benachteiligte zumeist nicht über die dafür notwendigen Mittel verfügen.

Wahlen bleiben mit Blick auf die soziale Repräsentativität dennoch die egalitärste Form der Partizipation. Deshalb ist es sinnvoll, wenn formale Hürden, an Wahlen und Abstimmungen teilzunehmen, reduziert würden. So ließe sich die Partizipations- und Repräsentationskrise überwinden.

Mit freundlichen Grüßen
gez.

Petra Bossinger
(Fraktionsvorsitzende SPD)

Berndt Petri
(Fraktionsvorsitzender DIE LINKE)